

Antrag

**der Abgeordneten Marco Schulz, Thomas Reich, Dr. Alexander Wolf,
Dirk Nockemann, Krzysztof Walczak (AfD) und Fraktion**

Einzelplan 4

Betr.: Keine Zuwendungen der Sozialbehörde für ideologisch motivierte Programme – Projekte der „Arbeit und Leben Hamburg e.V.“ streichen (II)

Das Projekt empower gehört zum Träger Arbeit und Leben Hamburg e.V., auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Hamburger Volkshochschule sind über eine Beteiligung im Vorstand mitbeteiligt. Einem Bericht des NDR vom 22. Juli 2024 zufolge hat das Projekt empower 993 Vorfälle rechts motivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt für das Jahr 2023 dokumentiert und nach eigens entwickelten und definierten Kategorien aufgeschlüsselt. Dieser Medienbericht führte zum Anlass mittels einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (Drs. 22/16548)¹ an den Senat, die Erhebungspraxis dieser Vorfälle durch empower zu hinterfragen.

Obwohl in den letzten Jahren die Kategorien erweitert und ausdifferenziert worden sind, werden weder täterbezogene Daten noch Nationalitäten von Betroffenen erfasst. Rassistische Vorfälle werden im Allgemeinen zusammengetragen. Es ist nicht klar, welchen Hintergrund Täter und Opfer besitzen. Gleiches gilt zu antisemitischen Vorfällen. Da hilft auch nicht der Verweis auf die verwendeten Phänomenbereiche des rechten, linken und religiös begründetem Antisemitismus des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Selbst hier wird die Religion bei den Tätern nicht ausdifferenziert, wohlwissentlich es sich vorwiegend um muslimischen Antisemitismus handeln dürfte. Nähere Zuschreibungen zu den Tätern sind aufschlussreich, da die Anzahl antisemitischer Vorfälle insbesondere im Jahr 2023 um über 40 Prozent zu den beiden Vorgängerjahren und fast 180 Prozent zu 2020 angestiegen ist. Es besteht die berechnete Annahme, dass insbesondere nach dem terroristischen Überfall der islamistischen Hamas auf Israelis die Zahlen auf hier in Deutschland lebende Muslime zurückzuführen sind. Diese Entwicklung ist eine Folge der ungesteuerten Masseneinwanderung aus bestimmten muslimisch geprägten Herkunftsländern, in denen antisemitische und israelfeindliche Einstellungen verbreitet sind.

Bemerkenswerterweise unterscheidet empower aber von politischen und weltanschaulichen Motivationen gegen schwarze Muslime, migrantische Juden und jüdische Roma. Eine Differenzierung nach bestimmten Opfern findet hier also statt. Bei politisch-weltanschaulichen Hintergründen der Vorfälle zu mehreren Kategorien wird ein Bezug auf rechte Gewalt veranschaulicht. Diese wird unter anderem nach Opfergruppen ausdifferenziert, wie Journalisten, politische Verantwortungsträger und Gegner sowie gegen sexuelle Orientierungen. Aber selbst bei der rechten Gewalt erfahren wir nichts über den Täter, wie dessen Staatsbürgerschaft oder zum ethnischen beziehungsweise kulturellen Hintergrund und den Motiven. Dies bestätigt die Frage nach der Einordnung des sogenannten „Wolfsgruß“ bei den rechtsextremistischen türki-

¹ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88801/beratungsstelle_empower_zur_statistik

schen „Grauen Wölfen“. Dieser wird zwar durch empower erhoben, aber nicht einem politisch-weltanschaulichem Hintergrund einer Tat zugeordnet. Linke oder islamistische Gewalt spielen keine Rolle.²

Nach Auswertung der benannten Parlamentarischen Anfrage führt die Erhebungspraxis der Vorfälle rechts motivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt für den Betrachter zu einer absoluten Verzerrung der Realität. Da die Berichterstattung zudem sehr einseitig geprägt ist, drängt sich für den Betrachter das Bild des rechten deutschen Gewalttäters und des ausländischen, muslimischen oder homosexuellen Opfers auf. Dass sich dies auch in Hamburg ereignet, wird nicht angezweifelt, jedoch die offenbar bewusst verzerrte Realität, die weitaus differenzierter darzustellen ist. Dies für sich genommen ist schon Grund genug, dem Projekt empower jegliche Mittel der Stadt Hamburg zu streichen.

Des Weiteren grenzt es schon an arglistiger Täuschung, führt man sich das Profil von empower zu Gemüte und vergleicht dies mit den ausgewiesenen Zahlen in der Parlamentarischen Anfrage. So werden vermeintlich Betroffene der besagten Gewalt, deren Angehörige und Freunde sowie Zeugen beraten und in jeglicher Form juristisch, behördlich sowie medizinisch unterstützt. Dies mag so zutreffen, jedoch bilden die mitgeführten Tabellen einen Großteil der Fälle ohne Beratungskontext sowie ohne direkt involvierte Betroffene ab. empower macht sich dies in der Statistik offenbar zu eigen. Dies gilt für alle in den Tabellen aufgeführten und abgefragten einzelnen Jahre von 2020 bis 2023 und trifft auf über 80 Prozent der Vorfälle zu.

Folgende erstellte Tabelle beruht auf den in der Anfrage (Drs. 22/16548) abgebildeten Zahlen:

	2023	2022	2021	2020
Politisch-weltanschauliche Hintergründe der Vorfälle (Gesamtzahl)	993	749	715	493
Fälle ohne Beratungskontext sowie ohne direkt involvierte Betroffene	850	617	598	397
Von empower tatsächlich betreute Vorfälle in absoluten Zahlen und Prozentangaben	143 14,4%	132 17,62%	117 16,36%	96 19,47%

empower erhält finanzielle Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt der Stadt Hamburg und aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Dieses Bundesprogramm fördert einseitig Vereine, Verbände und Organisationen, die sich vorwiegend der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmen, weniger dem Islamismus und kaum dem Linksextremismus. Jüngste Zahlen dazu hat eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion für das Förderjahr 2022 weiterhin bestätigt.³ Laut einer ehemaligen Mitarbeiterin erfolgen eine intransparente Vergabepraxis und eine mangelhafte Kontrolle der Fördermittel. Darüber hinaus wurde die sogenannte Extremismusklausel durch das SPD-geführte Bundesfamilienministerium 2014 abgeschafft. Dies veranlasste wiederum verfassungsfeindliche Gruppierungen, insbesondere aus dem extrem linken Bereich und dem Islamismus Fördergelder zu beantragen und auch zu erhalten.⁴ empower hat von der Sozialbehörde im Jahr 2023 75.452 Euro und 2024 135.452 Euro enthalten. Begründet wird dies durch die höheren Personalkosten durch

² https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/88801/beratungsstelle_empower_fragen_zur_statistik

³ <https://www.nordkurier.de/politik/massive-vorwuerfe-selbstbedienungsladen-demokratie-leben-2569109>

⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230240943/Demokratie-leben-Auch-Islamisten-und-Antifa-profitieren.html>

Aufstockung für das Jahr 2023 und für das Folgejahr zudem im Bereich des Monitoring sowie im Rahmen der UEFA EURO 2024.⁵

Auch die Anzahl der Mitarbeiter wird kritisch hinterfragt: Betrug diese 2015 noch 0,63 VZÄ; waren es bereits 2024 6,01 VZÄ. Der Verdacht Versorgungsposten für eine öffentlich subventionierte Einrichtung mit zweifelhaften Erhebungsmethoden zu schaffen, drängt sich berechtigterweise auf und kann als Fake-Beratungsstelle oder Propagandazentrale bezeichnet werden. Selbst Autoren des linken Magazins „Untiefen“ sehen die Erhebungspraxis ebenfalls kritisch. Sie beklagen eine unzureichende Datenlage. Denn über die von empower bereitgestellte Hinweisstelle⁶ können zusammengefasste Daten zu rechten, rassistischen und antisemitischen Vorfällen zwar eingegeben werden, jedoch ohne Details zu den Hintergründen und Kontexten der Vorfälle zu benennen. Die Autoren fordern eine öffentlich zugängliche systematische und detaillierte Erfassung antisemitischer Vorfälle, um Täter und Motive besser nachvollziehen zu können.⁷

Der Kampf gegen rechte, genauso wie jede anderweitig politisch oder religiös motivierte, Gewalt ist von gesellschaftlicher Bedeutung. Allerdings ist die hierbei aufgezeigte Beratungsstelle weder in den primären Aufgabenbereich einer Gewerkschaft einzuordnen, noch erscheint das Angebot mit Blick auf die politische Agitation und einseitige politische Ausrichtung des Trägers als authentisch. Dies gilt auch für das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg“ desselbigen Trägers. Die von der Hamburger Sozialbehörde bewilligte Zuwendungshöhe betrug für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 81.652 Euro.⁸ Dies gilt auch für die Jahre 2021 und 2022.⁹ Da diese Fördersumme seit Jahren regelmäßig bewilligt wird, ist auch in den beiden kommenden Haushaltsjahren 2025 und 2026 mit einer Bewilligung in der genannten Höhe für das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg“ des Trägers „Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.“ zu rechnen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Im Rahmen des zu beschließenden Doppelhaushalts 2025/2026 keine Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 4 der Produktgruppe 255.03 „Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft“ für das Projekt empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt des Trägers Arbeit und Leben Hamburg e.V. zur Verfügung zu stellen.
2. Die im Einzelplan 4 der Produktgruppe 255.03 „Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft“ eingeplanten Mittel für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 neu zu veranschlagen. Dies erfolgt aufgrund der an empower geschätzten und nicht mehr zu bewilligenden Zuwendungen aus dem Haushalt der Hamburger Sozialbehörde.
3. Im Rahmen des zu beschließenden Doppelhaushalts 2025/2026 keine Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 4 der Produktgruppe 255.03 „Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft“ für das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT)“ des Trägers Arbeit und Leben Hamburg e.V. zur Verfügung zu stellen.

⁵ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87736/wie_werden_die_gelder_aus_dem_bundesprogramm_demokratie_leben_in_hamburg_im_jahr_2024_verwendet

⁶ <https://memo-hinweisstelle.de/hinweis-geben-de/>

⁷ Ferlemann, Franziska: Mehr antisemitische Taten erfasst, in: die tageszeitung, 10.10.2024, Seite 25.

⁸ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87736/wie_werden_die_gelder_aus_dem_bundesprogramm_demokratie_leben_in_hamburg_im_jahr_2024_verwendet

⁹ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86594/mobiles_beratungsteam_gegen_rechtsextremismus_warum_ist_eine_leichte_jacke_fuer_das_kind_ein_indiz_fuer_rechtsextrem

4. Die im Einzelplan 4 der Produktgruppe 255.03 „Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft“ eingeplanten Mittel für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 neu zu veranschlagen. Dies erfolgt aufgrund der an MBT geschätzten und nicht mehr zu bewilligenden Zuwendungen aus dem Haushalt der Hamburger Sozialbehörde.